

Die bolschewistische Schreckensherrschaft in Finnland

Das blutige Regiment der maximalistischen Roten Garde in Finnland nimmt besonders im Süden, wo sie ja noch immer die Herrschaft haben, immer arkanisiertere Formen an. Das Land befindet sich nach allem, was darüber gemeldet wird, im Zustand völliger Anarchie.

Stockholm, 13. Februar. „Aftonsbladet“ meldet aus Oaparanda, daß die Schreckensherrschaft der Roten Garde in Südfinnland unermüdet weiter bestehe. Täglich werden weitere Morde verübt. Um die Toten für ihre Angehörigen unkenntlich zu machen, werden ihre Gesichter zerhackt. In Ruuska bei Oskanaas verhielt die Rote Garde die Ankunft von Kavalarien. Aus Sainasalo wird dem gleichen schwedischen Blatte gemeldet, daß die weißen Schutruppen auch über einen Mord verfielen. Dem General Mannerheim haben ungefähr 200 russische Offiziere ihre Dienste angeboten, doch erklärte der General, daß er bei finnischen Revolverarmeen grundsätzlich keine russischen Offiziere annehmen wolle. Sie könnten nur als freiwillige Soldaten im Falle verwendet werden. Nach einem Telegramm des „Aftonsbladet“ aus Wasa hat das Bezirkskomitee von Oskanaas alle russischen Truppen anzuordnen, die die Roten Garde an unterkündig. In Oskanaas nahmen sechs Truppenabteilungen am Kampfe teil. Demgemäß hat General Mannerheim eine Proklamation erlassen, daß für jeden ermordeten Finnen drei Russen hingerichtet werden sollen. Jeder Soldat im Feld wird als Spion erschossen. In Oskanaas wurde ein revolutionärer Gericht einrichtet, das die Besetzung mit Todesstrafe bedroht, falls sie ihren Dienst nicht verlassen wollen.

Am Zusammenstoß mit den Russen in Oskanaas liegt offenbar das von russischen Truppen angegriffene

Vizekanzler v. Payer beim Kaiser

Der Vizekanzler des Reichskanzlers, v. Payer, hat sich, wie bekannt gemeldet wird, gemeinsam mit dem Reichskanzler Grafen v. Hertling in das Große Hauptquartier begeben, um sich dem Kaiser vorzustellen und an den Beratungen teilzunehmen.

Besprechungen der Wehrheitsparteien

Berlin, 14. Februar. Wie die „Voss. Ztg.“ erzählt, hat am Mittwoch nachmittag wieder eine interfraktionelle Besprechung der Wehrheitsparteien des Reichstages stattgefunden. Auch diesmal war die nationalliberale Fraktion nicht vertreten, da die angeforderte Sitzung der Fraktion, in der über die weitere Stellung der Nationalliberalen im Reichstages Beschluß gefaßt werden soll, erst am 18. d. M., am Tage des Wiederbeginns der Reichstagsverhandlungen, abgehalten werden soll. Aus der Tatsache aber, daß Vertreter des Zentrums, der sozialdemokratischen Fraktion und der fortschrittlichen Volkspartei sich heute wiederum zu gemeinsamer Besprechung der politischen Lage zusammengefunden haben und diese Besprechungen am kommenden Sonnabend fortgesetzt werden, wird in politischen Kreisen geschlossen, daß wie immer die nationalliberale Fraktion sich zur Reichstagsmehrheit stellen will, diese drei Parteien jedoch an ihrer bisherigen gemeinsamen parlamentarischen Taktik festhalten wollen. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß sich die gezielte interfraktionelle Besprechung mit der Billson'schen Rede und mit dem letzten Ereignissen in West-Sibirien befaßt hat.

Letzte Nachrichten und Telegramme

Prinz Max von Baden in Berlin. × Karlsruhe, 14. Februar. Prinz Max von Baden ist gestern zu kurzem Aufenthalt nach Berlin abgereist.

Friedenspolitik der italienischen Sozialisten. × Berlin, 14. Februar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Ein Mitglied der offiziellen sozialistischen Kommissionsgruppe in Rom teilte dem Mitarbeiter des „Korriere della Sera“ mit: Die Sozialisten beabsichtigen, während dieser Kammerperiode die Regierung wegen ihrer Außenpolitik unerbittlich zu bekämpfen und hinsichtlich der Friedenspolitik zu beharren. Auf dem Sozialistenkongress der allerletzten Länder werden die italienischen Reformsozialisten durch mehrere Abgeordnete vertreten sein, unter ihnen der Minister Causa und ein Vertreter der Sozialisten in Genoa. Sie werden dem Kaiser eine Denkschrift vorlegen.

Erste Meinungsverschiedenheiten zwischen russischen Truppen und Roten Garisten. × Stockholm, 13. Februar. Einige schwedische Zeitungen enthalten heute Nachrichten, daß zwischen russischen Soldaten und den Roten Garisten erste Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen sind. Nach „Aftonsbladet“ müßte dieser Anlaß immer mehr. Nur die Matrosen nehmen freundschaftlich an dem Kampfe teil, während die anderen Truppen einleiten. Nach einer andern Meldung ist die Regierung der Roten Kommissare in Oskanaas infolge noch anderer Unruhen gezwungen, sich auf die Bekämpfung der eigenen Wochenschriften einzurichten. Ein Bericht will wissen, Tscheljabinsk Friedensunterhandlungen eingeleitet.

Blutbad auf den Kanalinseln

Die „Stockholms Tidning“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, daß auf Island unter den russischen Truppen eine völlige Revolte ausgebrochen. Die Soldaten seien unzufrieden und verhalten sich unruhig. Sie verlangen, die russischen Anführer zu vernichten. Sie verwenden dabei Stöckchen, um ihre Mitleidenden Dolmetscher zu töten. Am 12. Februar sollen sie ein russisches Blutbad angerichtet haben. Die 2000 russischen Soldaten, die auf Island liegen, sind mit Munition und Waffenarmut versehen, während die Besatzung von Island vollkommen wehrlos ist. Auf den Inseln zwischen Island und der schwedischen Küste herrscht große Panik. — Die Svenska Telegramman meldet, daß infolge der Beschießung über die Inseln auf Island und die Überfahrt schwedischer Unternehmungen nach Sibirien eine Expedition angesetzt ist. Ein großer Expeditionsführer ist gestern abgegangen.

Große Rundgebungen in Petersburg

„Dalla Chronika“ meldet, die Besatzung eines russischen Kanals habe in Petersburg in großen Rundgebungen gefaßt. Die Besatzung des Kanals wurde von den Bolschewiken des Bolschewiken in Petersburg mitverhaftet. Der Konrad der Sowjets berief eine Versammlung ein. In der Trotski eine dreistündige Rede hielt.

Ueberfiedelung der Rada

Die Wiener Wälder melden: Die ersten Folgen des Friedensschlusses mit der Ukraine machen sich bemerkbar. Die Rada hat ihren Sitz nach Zitomir verlegt und die direkte Verbindung mit uns hergestellt. Es ist sehr zu hoffen, daß durch diese politische Ueberfiedelung eine beschleunigte Abwicklung aller im Verhandlungsstadium befindlichen Angelegenheiten erfolgen wird.

Die polnische Unzufriedenheit mit dem Friedensschluß

Wie die Warschauer Blätter melden, fand am 11. Februar eine mehrstündige Sitzung des polnischen Ministeriums unter Vorsitz des Regimentschefs statt. Gegenstand der Erörterung waren die letzten politischen Ereignisse, insbesondere der Friedensvertrag mit der Ukraine. Am Abend hat Ministerpräsident Skarskaowski dem Regimentschef die Demission des Kabinetts überreicht. „Gazeta Poranna“ zufolge wird Skarskaowski dem Regimentschef in dieser Angelegenheit eine bedeutende Erklärung überreichen.

Aus Wien wird gemeldet, daß auch die polnischen Mitglieder des österreichischen Herrenhauses erklären, sie schließen sich mit Rücksicht auf die der Ukraine im Friedensvertrage ausgedehnten Grenzen der Opposition des Polenflusses im Abgeordnetenhaus an.

England erkennt den Friedensschluß nicht an

Dem Neuesten Bureau ist mitgeteilt worden, daß die englische Regierung sich nicht für verpflichtet hält, den zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und den andern Unterzeichnern mit der Ukraine geschlossenen Frieden anzuerkennen. Diese Haltung der englischen Regierung hat natürlich nur formale Bedeutung.

Der deutsche Abendbericht

× Berlin, 13. Februar abends. (Amst.) Von den Kriegshandlungen nichts Neues.

Der Oesterreich-ungarische Heeresbericht

× Wien, 13. Februar. Amst. wird verlautet: Keine Kampfhandlungen von Bedeutung. Der Chef des Generalstabes.

Radoslawow beim Reichskanzler

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Der bulgarische Ministerpräsident Grafen Dr. Radoslawow ist heute mittags in Berlin einetroffen, um mit dem Herrn Reichskanzler und anderen leitenden politischen Persönlichkeiten nach Abschluss der Verhandlungen in West-Sibirien politische Besprechungen zu halten. Die Politik, die Herr Dr. Radoslawow in West-Sibirien mit seinem hohen Vertreter verfolgte, ist sehr auf die Weise der letzten Monate in Bulgarien auf Deutschland zurückzuführen, und seine Verhandlungen auf eine Vertiefung des Bündnisses zwischen Bulgarien und den Zentralmächten finden bei uns warme Aufnahme und sympathische Erwiderung.“

Abg. Reichardt (Soz.): Wir sind der Ansicht, daß im Falle jeder dieser Auszeichnungen verdient, daß aber die hohen Auszeichnungen nur hohen Offizieren verliehen werden. Von einer Gleichzeitigkeit der Würdigung gleicher Verdienste kann nicht die Rede sein.

Das Kapitel Ordenskanzlei wird darauf gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten genehmigt. (Abg. Trüber ruft: „Wahrer bekommt seinen Orden mehr!“)

Das Kapitel „Evang. Kirchenrat“ wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, das Kapitel „Technischer Rat“ einstimmig genehmigt.

Die folgenden Beratungspunkte werden gemeinsam behandelt. Sie betreffen:

Pensionen und Teuerungszulagen

Abg. Barth (Soz.) beantragt, die in den Jahren 1914 und 1915 vorgekommenen Ueberfrierungen bei Pensionen, Pensionen, Militärpensionen und Reservefonds grundsätzlich zu genehmigen.

Abg. Barth (Soz.) beantragt, den Staatshaushalt der Kriegsjahre, Kriegspensionen, Witwen- und Waisenzulagen zu bemitteln.

Abg. Vintz (Soz.) beantragt dasselbe für die Erhöhung der Pensionen an Militärsoldaten von 1914/15 und Pensionenbeiträge für verabschiedete Offiziere, Sanitätsbeamte und Beamte.

Abg. Vintz (Soz.) beantragt, daß die Pensionen für die Kriegsjahre durch die Regierungsvorlage wegen Bewilligung von einmaligen Teuerungszulagen für Beamte und Militär und von laufenden Teuerungszulagen für im Ruhestand lebende Beamte, Offiziere und Lehrer und für Hinterbliebene von Beamten, Offizieren und Lehrern, die der bereits mitgeteilten schriftlichen Begründung des Entwurfs entsprechen.

Abg. Singer (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei, den im Ruhestand lebenden Beamten, Lehrern und Offizieren sowie den Witwen und Waisen eine einmalige Unterstützung und laufende Unterstützungen als Teuerungszulagen auszuweisen, und beantragt Verweisung dieses Antrags an den Finanzausschuß A. Zur Regierungsvorlage bemerkt der Redner: Es ist zu bedauern, daß der Entwurf der Regierung, der nur eine halbe Antwort auf unsern Antrag darstellt, sich nicht an die Höhe des Bedarfes und Preisens anschließt.

Bei der Bestimmung der Vermögensverhältnisse müßte schonend verfahren werden. Für die Pensionäre und Hinterbliebenen müßte so gesorgt werden, daß Leistungen und Vorkaufsrechte ihren Lohn finden.

Abg. Dr. Wangerl (Soz.): Der Vorredner hat gemeint, daß wenigstens für die Beamten gebühre. Ich kann diese Kritik nicht unbedingt unterschreiben. Meine Freunde stimmen der Vorlage im wesentlichen zu, wenn wir auch einzelne Punkte zu ändern wünschen. Wir würden es auch gern sehen, wenn die Beamten mit mehr als 6000 M. berücksichtigt werden könnten, aber es gibt außerordentlich viele, die mehr zu leiden haben als diese besorgenen Beamten. Im Hinblick auf die Preise sind, ob und wie weit man bei der Bewilligung der Zulagen über 6000 M. Einkommen hinaufgehen kann. Bedauerlich ist es, daß die Staatsarbeiter nicht berücksichtigt werden.

Abg. Koch (Vorsitz. Volksp.): Wir sind für eine eingehende Beratung des vorliegenden Regierungsentwurfes im Finanzausschuß A. am 18. März zu vermeiden. Als hätte ich nicht empfunden, daß in Preußen die Zulagen steuerfrei sind, während sie in Sachsen befreit sind.

Abg. Göttsch (Soz.): Den bestehenden Maßgaben der Besoldung müßte grundsätzlich auf die Zulagen geachtet werden. Wenn man aber den Weg der Zulagen nicht, sollte nur wirkliche Bedürfnisse befragt werden. Ein schwerer Mangel der Vorlage ist der völlige Ausschluß der Arbeiterklasse. Von der Einbeziehung der Arbeiter müssen wir unsere Stellung zu der Vorlage abhängig machen.

Abg. Vintz (Soz.) beantragt, die Abgeordnete Singer hat an der im allgemeinen freundlich beurteilten Vorlage verschiedene Änderungen gemacht. Die Grundzüge der Vorlage sind vorher mit den Fraktionsvorsitzenden durchgesprochen worden und haben im allgemeinen Befürwortung gefunden. Dabei ist gewünscht worden, in der

Teuerungszulagen der Zulagen

nicht unter 6000 M. Einkommen zu gehen. Die Regierung hat bei der kurzen Inanspruchnahme der Staatsleistungen keinen Anlaß gehabt, über diese Grenze hinauszugehen. Für die Staatsarbeiter ist schon in weitestgehender Weise gesorgt worden. Ein Eingehen auf Wünsche, die über die Vorlage hinausgehen, kann ich nicht in Aussicht stellen, ich muß bitten, die Vorzüge der Regierungsvorlage als endgültig anzusehen.

Die nächsten Redner, die ihre Ausführungen vor in der Hauptsache leeren Vätern machen, verlieren sich in Einzelheiten.

Präsident Dr. Bonek weist nachträglich Reuehrungen des Abgeordneten Philipp, die sich auf einen Abgeordneten beziehen, als unparlamentarisch zurück, weil er die Orden als Privilegium bezeichnet hat.

Ein Tagend Abgeordnete, daß zum Schluß noch anzuwendend ist, nimmt die gestellten Anträge der Ausschüsse an und verwirft die Regierungsvorlage und die Anträge Darzmann, Dietel und Caska an den Finanzausschuß A.

Die Nationalliberalen und die Wahlförm in Sachsen

Die nationalliberale Landtagsfraktion läßt der Presse folgendes über ihre Stellung zur Wahlrechtsreform in Sachsen mitteilen:

Nur die Bestimmungen über das Wahlrecht sind recht haben die Nationalliberalen folgenden Vermittlungsvorschlag gemacht: An Stelle des Pluralwahlrechts tritt das allgemeine Wahlrecht in Verbindung mit der Verhältniswahl und mit direktem nicht Abstimmungen, für die in erster Linie das Alter, nicht aber Einkommen, Grundbesitz und ein papiernes Bildungszertifikat maßgebend sein soll.

Für diesen Vorschlag sprechen praktische und ideale Gründe. Das jetzige Wahlrecht hat nicht nur den Nachteil, daß die größeren politischen Parteien zu einem Drittel vertreten sind. Durch den Pluralwahlrecht haben die Verhältnisse der Parteien geändert, daß dieselbe Wahlrecht völlig anders wirken müßte. Die Bestimmungen in dem Gesetz über die Verhältniswahl der Mandatsträger, wonach für die nächsten Wahlen für jeden Wähler das höchste Einkommen, das er verdient hat, gelten soll, auch wenn zur Zeit der Wahl das Einkommen vermindert hat, bewirkt, daß aus den Kreisen, die bei der letzten Wahl eine oder zwei Stimmen hatten, viele das nächste Mal mit drei und vier Stimmen antrieben würden. Und das würde gerade diejenigen sein, die nicht am Krieg teilgenommen haben, sondern ihrer Arbeit nachgehen konnten. Demgegenüber würden aus diesen Kreisen diejenigen, die ihr Leben in die Gefahr gesetzt haben, um die Freiheit zu kämpfen, nur eine oder zwei Stimmen erhalten bleiben. Das würde einen ganz unbilligen Zustand herbeiführen. Nicht man dazu die allgemeine Unterstützung des Volkes in Betracht, so ergibt sich, daß das

bestehende Wahlrecht seinen ursprünglichen Zweck, einen Mann gegen die Ueberflutung durch die Sozialdemokratie zu sichern, nicht erfüllen könnte. Im Gegenteil müßte der sozialdemokratische Wähler mit drei und vier Stimmen mehr erheblich vermehren, und die Sozialdemokratie, die in der Bundesversammlung über das allgemeine Wahlrecht im Vordergrund stehen würde, würde in gleicher Richtung wirken.

Die Verhältnisse würden in Zukunft vor allem die sein, denen es der Krieg unmöglich gemacht hat, ihr Einkommen zu erhöhen; das sind ein Teil der Arbeiter, vor allem aber die unteren und mittleren Beamten und Privatschulmeister und ein Teil der erwerbenden Mittelklassen. Diese Kreise wären beim Wahlrecht der heutigen Wahlrechtsreform entzweit. Die Sozialdemokratie trübe man mit diesem Wahlrecht nicht mehr. Dabei muß er mögen werden, daß es angeht die Ergebnisse der Wahl, es überhaupt angeht, ein allgemeines Wahlrecht weiterzuentwickeln zu lassen. Der Krieg hat an alle gleiche Forderungen gestellt, hat von allen Ständen gleiche Opfer gefordert; demgegenüber muß auch ein entsprechender Ausgleich in der Ausübung von politischen Rechten gefunden werden.

Die Gleichheit darf andererseits nicht mechanisch sein. Es ist deswegen zunächst berechtigt, daß man dem Arbeiter ein Uebergewicht einräumt; das soll durch die Gewährung von ein oder zwei Stimmen für das reifere Lebensalter geschehen. Besonders wichtig aber erscheint in dieser Beziehung die Einführung der Verhältniswahl. Sollte auch in Zukunft die absolute Mehrheit entscheiden, so besteht die Gefahr, daß ganze Schichten des Bürgertums von neuem politischer Bedeutung einmal völlig ausgeschaltet werden könnten. Dieser Zustand hat sich bereits bei dem Reichstagswahlrecht ergeben: Die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich Sachsen gegenüber dem Reichselte befindet hat und befindet, wurzelt nicht zum geringsten darin, daß Industrie und Gewerbe Sächsen im Reichstage so gut wie nicht vertreten ist. Dies wäre bei dem Verhältniswahlrecht ausgeschlossen; eine zahlenmäßige Minderheit, die trotzdem für die Staatswürde die größte Bedeutung haben kann, kann sich, da die verhältnismäßige Anzahl von Abgeordneten immer auf die Entfaltung der Parteien abhingt, nicht auf eine Verdrängung der bestehenden Wahlrechts nicht geben werden. Seine Ausschaltung im einzelnen muß noch unser Erörterung vorbehalten bleiben; auf jeden Fall wird sich erwidern lassen, der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der einzelnen Bevölkerungsschichten — soweit dies überhaupt bei einem Wahlrecht ausführbar ist — gerecht zu werden.“

Aus Stadt und Land

Die Teuerungszulagen der Ruhestandsbeamten

Zur Besprechung der durch den Krieg bedingten wirtschaftlichen Lage der Ruhestandsbeamten und der Beamtenhinterbliebenen fanden sich am Mittwoch im „Palmengarten“ zahlreiche Mitglieder des Vereins im Ruhestand lebender öffentlicher Beamten und Vertreter der pensionierten sächsischen Volksschullehrer ein. Oberlehrer L. R. Reiche wies in einer Begrüßungsansprache auf die Bedeutung der Angelegenheit hin, mit der sich bekanntlich die Kreisstände immer eingehender beschäftigt hat, und ermahnte das Gut, dafür, daß in der Kammer diskutiert wurde und auch dessen Inhalt hervorzuheben, daß der Staat es für seine Pflicht hält, den Wünschen der Ruhestandsbeamten entgegenzukommen. Er gab dann das Wort dem Bundesvorsitzenden des Vereins Dr. Seiler, der die allgemeine Grundzüge für die Bewilligung von Teuerungszulagen darlegte und dann die Stellung der nationalliberalen Fraktion der Zweiten Kammer erörterte. Die Fraktion hat im Senat grundsätzlich geäußert, daß bei dem Verfahren so weit möglich an die Verhältnisse im Reich und in Preußen anzuschließen. Vermögensverhältnisse sollten bei der Gewährung der Gehälter nicht in Betracht gezogen werden. Weiter hat die Fraktion eine einmalige Zulage verlangt, die möglichst rückwirkend sein soll. Nebenher müßte ebenfalls in Preußen erst von einer bestimmten Grenze an gerechnet werden. Der Krieg und seine Schwere bedingt die Forderungen im weichen Maße, und die Frage der Deduktion kann erst in zweiter Linie erörtert werden.

Nach Schluß Dr. Seiler, dessen Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen wurden, sprach Oberlehrer Reiche im Auftrag des Vereins über im Ruhestand lebenden öffentlichen Beamten. Er wies u. a. auf die höheren Steuern hin, die die Beamten zahlen müssen, die durch ihre Stellung in Großstädten an ihnen genommen seien, und sprach den Wunsch aus, daß die Regierung auch die höher besoldeten Beamten aus diesem Grunde berücksichtigen möge. Für die Pensionäre des Bundesrats trat Oberlehrer Reiche ein, indem er das bestehende Verhältnis der Volksschullehrer nach Aufhebung der Gehälter eingehend behandelte. An einer kurzen Ansprache vertrat Oberlehrer Seiler, daß in der Zweiten Kammer der Regierung in der Frage der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Ruhestandsbeamten das Wohlwollen gefaßt werde. Am Schluß der Versammlung wurde folgende Entschliessung, die der Regierung und dem beiden Ständen zugewandt werden soll, einstimmig angenommen:

„In Erwägung, 1. daß die Kriegsergebnisse alle Beamten, Offiziere und Lehrer, sowohl die aktiven als auch die pensionierten, gleichmäßig betrifft und auch die Kriegsergebnisse mündelnde eine Verdoppelung der Lebenshaltungskosten herbeiführt hat; 2. daß alle Ruhestandsbeamten für Kriegsjahre, die der Kriegsumwälte aber nach den Pensionen und dem Wohlstand von 1873 bis 1892 bemessen worden sind, nicht mehr als 6000 M. Einkommen nicht nur durch die fortwährende Teuerung, sondern auch durch hohe Zulagen zu dem Staat und Gemeindefiskus besonders hart betroffen werden; 3. daß die von dem Reich, Staatsregierung durch Gesetz vom 5. Februar 1918 in Aussicht genommene Teuerungszulagen für Ruhestandsbeamte, im Verhältnis zu den den aktiven Beamten bundesweitverleihe ausbleiben einmaltigen — für Ruhestandsbeamte überhaupt nicht vorzulegenden Kriegszulagen — sowie den laufenden Teuerungszulagen ausbleiben gerichts bemessen sind und der notwendigen drückenden Position der Pensionäre kaum abzuweichen vermögen, beschließt die allgemeine Pensionärerversammlung vom 13. Februar 1918 in Dresden: die Reichsregierung und die beiden Stände dem Reichstag dringend zu bitten: 1. in Anerkennung der aus Gründen des Staatsoberbaus unabweisbar vorliegenden künftigen Pflicht des Staates für den handlungsgemäßen Unterhalt seiner Beamten, Offiziere und Lehrer auch dann zu sorgen, wenn die in den Ruhestand versetzt sind, allen Pensionären Kriegszulagen unter denselben Voraussetzungen zu gewähren, wie den aktiven Beamten, Offizieren und Lehrern, mit Ausnahme der besonderen Anträge und ohne Rücksicht auf einmalige Zulagen, aber auf ihre Bedürftigkeit, und 2. hinsichtlich der Beamtenhinterbliebenen und der Hinterbliebenen solcher ein gleiches Urteil zu verurteilen.“

Sächsischer Landtag

Zweite Kammer

27. öffentliche Sitzung

Dresden, 13. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird mitgeteilt, daß an Stelle des aus der Kammer ausgeschiedenen Abg. Richter der Abg. Sandermann (Soz.) zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Beschlusses- und Petitionsausschusses gewählt worden ist. Nachdem dann mehrere Redenshaftigkeiten, die als erster Punkt auf der Tagesordnung stehen, genehmigt worden sind, werden die Kapitel Landtagslokalen und Stenographisches Landesamt des Staatshaushalts genehmigt.

Abg. Dettner (Soz.) beantragt Genehmigung des Staatshaushalts der

Ordenskanzlei

Abg. Nischke (Soz.) beantragt, daß das Kriegsverdienstkreuz in zahlreichen Fällen verliehen wird, ohne daß der Auszeichnungswürdigkeit die Auszeichnung erteilt. Als hätte ich nicht empfunden, daß in Preußen die Zulagen steuerfrei sind, während sie in Sachsen befreit sind.

Abg. Koch (Vorsitz. Volksp.): Obwohl wir die Ordenskanzlei grundsätzlich ablehnen, treten wir für Verbesserungen auf dem Gebiete der Verleihungen ein, solange sie bestehen.

Abg. Philipp (Soz.): Die Ueberflutung mit Orden hat zu einer unerwünschten Entwertung der Orden geführt. Die Verteilung der Orden wird vielfach als Unrecht empfunden; deshalb sollten von der Zentralstelle einheitliche Gesichtspunkte für Ordensverleihungen aufgestellt werden, um Mißbräuchen zu verhüten. Die Regierung wird diese Gründe gefaßt haben, als sie dem Abgeordneten Erbacher einen Orden gab. Ich bin persönlich der Ansicht, daß man bei Auszeichnung von Parlamentariern sehr vorsichtig sein sollte. Abgeordnete, die gegen die Ordenskanzlei stimmen, einen Orden annehmen, ihn bei Hofe tragen, vor der Öffentlichkeit aber verlegen werden, sind die rechten Pappentelner. Orden haben den Wert, den ihnen das Bewußtsein des Trägers verleiht. Ihn verdient zu haben.

Abg. Schlicher (Soz.) wünscht Berücksichtigung der um die Kriegsjahre Verdienten bei Verleihung des Verdienstkreuzes.

Abg. Trüber (Soz.): Der Abg. Wangerl hat heute gegen die Ordenskanzlei gesprochen, jedoch aber einen Orden angenommen. Das ist nicht zu verstehen.

Kulturminister Dr. Wed: Der Abg. Erbacher hat die Auszeichnung, für die er vom sächsischen Kriegsministerium vorgeschlagen worden ist, für die Förderung der sächsischen Verhältnisse innerhalb des Militärkreises erhalten. Die ablehnende Haltung der Fortschrittler und Sozialdemokraten zur Ordenskanzlei ist im Kriege besonders zu bedauern, da diese Verdienste großen Wert auf die Auszeichnungen legen.

Major v. Scharf legt die Grundzüge dar, die für die Militärverwaltung bei Verleihungen maßgebend sind.

Abg. Günther (Vorsitz. Volksp.): Minister Dr. Wed hat gesagt, und auf die Zulagen darüber geben zu müssen, wie wir die Verdienste der Kampfer zu würdigen hätten. Das müssen wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Unsere ablehnende Haltung ist eine Folge der Inaktivität der Regierung. Wie wir nicht billigen.

Im weißen Mantel
Die Geschichte dreier Menschen von Hermann
Copyright 1917 by Grethe & Co. G. m. b. H., Leipzig

„Nicht schon — kommen Sie nur ruhig. Ich bin
ganz allein. Es ist bei mir wieder anders geworden.“

meine vergessene Seele. Dabei habe ich die erste Klasse
wollen lassen.“

man ist da noch — ja, sie hat doch ihre neue Passion —
so ein logenartiger Künstler, das heißt: ein Repetier-

Familien-Anzeigen
Im Dienste für das Vaterland
Hard nach kurzer Krankheit unter liebe
Hausarbeits Diensten

Der Verein Volkswohl hat einen unersetzlichen Verlust erlitten. Sein Gründer, der Ehren-
vorsitzende
Herr Geheimrat Prof. Dr. jur. und Dr. Ing. h. c.

Goldenes Armband
Berlener
mit Zärtlichkeit am Montag in
der Stadt ob. auf d. Weiden

Heirat!
Schönes Fräulein, sehr gut
ausgebildet, mit ca. 15000
Mark, wünscht sich ein
solches Heirat.

Julius Winkler
Im 65. Lebensjahre.
In bestem Schwere
Mark verm. Winkler geb. Pöschel,

Ferdinand Ploth
Im 72. Lebensjahre.
Die trauernde Witwe Frau Ploth
und die übrigen Hinterbliebenen.

Einbruchdiebstahl-
Versicherung
betreffend die... Zur Aufnahme von
Konten und Rechnungen jeder Art...

Heiratsgesuche
3 Brennereien, 21 J. alt, mit 10000
Mark, wünscht sich ein
solches Heirat.

Oswald Hauke
nach kurzer Krankheit am 12. Februar 1918
starb. In tiefer Trauer
Herrn Oswald Hauke

Marie Delang geb. Gärtner
bekannt ist und allen bekannt zu denken.
Dresden, den 12. Februar 1918.

Verloren
Ein Geldbeutel mit 1000
Mark, gefunden am 12.
Februar 1918.

Heiratsgesuche
2 Brennereien, 21 J. alt, mit 10000
Mark, wünscht sich ein
solches Heirat.

Paul Berger
In tiefer Trauer
Herrn Paul Berger

Friedrich Albert Knauth
Im 64. Lebensjahre.
Die trauernde Witwe Frau Knauth
und die übrigen Hinterbliebenen.

Verloren
Ein Geldbeutel mit 1000
Mark, gefunden am 12.
Februar 1918.

Heiratsgesuche
2 Brennereien, 21 J. alt, mit 10000
Mark, wünscht sich ein
solches Heirat.

Frau Anna Nitsche
Im 48. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Herrn Anna Nitsche

Max Alexander Nacke
Im 60. Lebensjahre.
Die trauernde Witwe Frau Nacke
und die übrigen Hinterbliebenen.

Verloren
Ein Geldbeutel mit 1000
Mark, gefunden am 12.
Februar 1918.

Heiratsgesuche
2 Brennereien, 21 J. alt, mit 10000
Mark, wünscht sich ein
solches Heirat.

Wilhelmine verw. Werner
In tiefer Trauer
Herrn Wilhelmine Werner

Kaufgesuche
Ein Geldbeutel mit 1000
Mark, gefunden am 12.
Februar 1918.

Verloren
Ein Geldbeutel mit 1000
Mark, gefunden am 12.
Februar 1918.

Heiratsgesuche
2 Brennereien, 21 J. alt, mit 10000
Mark, wünscht sich ein
solches Heirat.

Strümpfe
Kinder-Strümpfe,
Frauen-Strümpfe,
Herren-Socken,
Beste Baumwolle,
Strümpfe, Socken,
Kinderstr., Annahföde
in allen Größen,
Ghemmer Strümpfwaren
(Lehrstr., Garmisch, etc.)

